

Interpellation Gahlinger-Niederhelfenschwil (26 Mitunterzeichnende) vom 13. Juni 2022

## Markante Häufung von Suizidfällen im Kanton St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 11. Oktober 2022

Damian Gahlinger-Niederhelfenschwil erkundigt sich in seiner Interpellation vom 13. Juni 2022 nach dem Anstieg der Anzahl Suizidfälle im Kanton St.Gallen im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr und stellt verschiedene Fragen dazu.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung hat mit Besorgnis von der markanten Zunahme der Anzahl der im Kanton St.Gallen polizeilich registrierten Suizide im Jahr 2021 (157) gegenüber dem Vorjahr (107) Kenntnis genommen. Über die Gründe hierfür kann zurzeit nur spekuliert werden. Die Entwicklung der Suizide ist genau zu beobachten, um frühzeitig – z.B. mit einer Stärkung der Suizidprävention – reagieren zu können.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung bedauert die markante Zunahme der Anzahl Suizidfälle und hält fest, dass jeder Suizid ein Suizid zu viel ist, verbunden mit grossem Leid für alle Beteiligten.

Bei der Analyse der Suizide der st.gallischen Kriminalstatistik muss berücksichtigt werden, dass diese auch assistierte Suizide enthält und separat ausweist. Assistierte Suizide am Lebensende, begleitet durch Sterbehilfeorganisationen wie z.B. Exit, haben in den letzten Jahren in der ganzen Schweiz wie auch im Kanton St.Gallen stetig und deutlich zugenommen. Allein zwischen dem Jahr 2020 und 2021 ist die Anzahl der assistierten Suizide im Kanton St.Gallen um 22 Prozent gestiegen.

Nicht assistierte Suizide geschehen häufig im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen, vor allem Depressionen. Psychische Erkrankungen und Belastungen haben in den letzten Jahren ebenfalls zugenommen. Aktuelle Studien und Umfragen belegen, dass seit dem Jahr 2020, namentlich im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie, mehr Schweizerinnen und Schweizer psychische Belastungen angeben und besonders Jugendliche und junge Erwachsene betroffen sind. Aber auch ohne erkennbare äussere Ursachen wie die Covid-19-Epidemie können psychische Erkrankungen spontan auftreten. Für detailliertere Rückschlüsse zu Ursachen und Zusammenhängen der Suizide müsste diese Fragestellung in jedem Einzelfall abgeklärt werden, was oft nicht möglich ist.

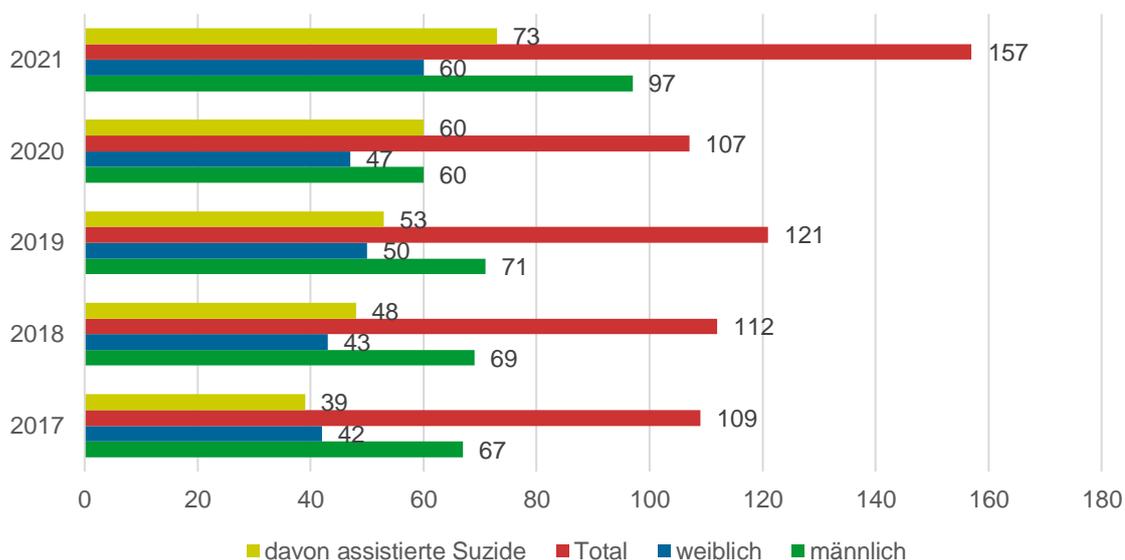
- 2.–5. Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Anzahl der polizeilich registrierten Suizide in den Jahren 2017 bis 2021 unter Berücksichtigung des Geschlechts. Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) differenziert – neben dem Geschlecht – nach «Tatmitteln»<sup>1</sup>, nicht aber nach Alters- oder Berufsgruppen. Zu berücksichtigen ist, dass die Anzahl der Suizide von 121 Fällen im Jahr 2019 auf 107 Fälle im Jahr 2020 gesunken ist, gefolgt von einem

---

<sup>1</sup> Tatmittel = «davon durch Erschiessen, durch Erhängen usw.», vgl. PKS Kanton St.Gallen 2021, S. 85 (abrufbar unter [https://www.sg.ch/sicherheit/kantonspolizei/statistiken/\\_jcr\\_content/Par/sgch\\_downloadlist/DownloadList-Par/sgch\\_download\\_1309643532.ocFile/Kriminalstatistik%20Kanton%20St.Gallen%202021\\_N.pdf](https://www.sg.ch/sicherheit/kantonspolizei/statistiken/_jcr_content/Par/sgch_downloadlist/DownloadList-Par/sgch_download_1309643532.ocFile/Kriminalstatistik%20Kanton%20St.Gallen%202021_N.pdf)).

deutlichen Anstieg auf 157 Fälle im Jahr 2021. Ein Grund für diese Schwankungen ist nicht ersichtlich. Suizide mit Sterbehilfeorganisation haben in den letzten Jahren stetig zugenommen.

### polizeilich registrierte Suizide Kanton St.Gallen



- Bei den nicht assistierten Suiziden haben vor allem das Überfahrenlassen sowie auch der Sturz aus der Höhe zugenommen. Beim Überfahrenlassen haben die SBB in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen umgesetzt, um diese Suizide einzudämmen. Aufgrund des dichten Schienennetzes und der schwer kontrollierbaren Situation in Bahnhöfen ist dies jedoch eine grosse Herausforderung. Beim Sturz aus der Höhe zeigt sich ein ähnliches Bild. So konnten in den vergangenen Jahren zwei kritische Brücken gesichert werden (Tamina-Bogenbrücke und Fürstenlandbrücke).

Die Regierung unterstützt zudem die Förderung der psychischen Gesundheit sowie die Früherkennung und die angemessene Versorgung von psychischen Belastungen und Erkrankungen. Als Beispiel ist hier die neue Krisenintervention für Kinder und Jugendliche im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Zentrum (KJPZ) oder auch das Erarbeiten von Vorschlägen für eine adoleszentenpsychiatrische Versorgung zu nennen. Hier gilt es Herausforderungen im Bereich des Fachkräftemangels zu begegnen. Im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention wurde in den letzten Jahren der Fokus vermehrt auf psychische Gesundheit gelegt wie z.B. mit der Kampagne «Wie geht's dir?» und mit gezielten Massnahmen für Kinder und Jugendliche.